

Familienmodelle, Erwerbstätigkeit und Fertilität – Ziele der »nachhaltigen« Familienpolitik im Spiegel der Bevölkerungs- und Arbeitsmarktstatistik

16

Bevölkerungstatistisch ist die Finanz- und Wirtschaftskrise in West- und Südeuropa für Deutschland ein Gewinn: Wanderten Arbeitsmigranten aus Mittelosteuropa in den 2000er Jahren bevorzugt nach Irland, Großbritannien oder Spanien, so hat in den letzten Jahren Deutschland als Zielland stark an Bedeutung gewonnen. Vor allem die Zuwanderung aus Polen, Rumänien, Bulgarien und Ungarn hat dafür gesorgt, dass der Wanderungsgewinn in den Jahren 2011 und 2012 das Geburtendefizit übertroffen hat und die Bevölkerungszahl, nachdem sie seit 2003 rückläufig war, wieder leicht anstieg (zu den jüngsten Zahlen vgl. Statistisches Bundesamt 2013). Politik und Wirtschaft begrüßen die gestiegenen Zuwandererzahlen, insofern sie die rückläufige Zahl autochthoner junger Arbeitskräfte auszugleichen scheinen. Zuwanderung als Kompensation für den Nachwuchsschwund als Folge niedriger Geburtenraten – diese vermeintliche Lösung der demographischen Probleme Deutschlands war schon um die Jahrtausendwende in Politik und Medien populär. Berechnungen der Vereinten Nationen widerlegten das bereits damals: Sie zeigten, dass, um die bestehende Altersstruktur zu erhalten, bis zum Jahr 2050 eine dreistellige Millionenzahl von Menschen nach Deutschland einwandern müsste (vgl. Birg 2000). Diese rein hypothetischen Hochrechnungen verdeutlichten, dass Zuwanderung das Verhältnis von Erwerbs- und Nichterwerbsbevölkerung nicht dauerhaft stabilisieren kann. Der Grund dafür ist, dass die Zuwanderer ihrerseits altern und sich zudem dem Geburtenverhalten der einheimischen Bevölkerung rasch anpassen. Zuwanderung kann daher die Alterung mit ihren gravierenden Folgen für die sozialen Sicherungssysteme nicht aufhalten. Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte mag zwar zeitweise Personalengpässe in einzelnen Unternehmen und Branchen lindern können, der Glaube, mit ihr die demographischen Probleme Deutschlands lösen zu können, ist jedoch eine Illusion, wie Renate Schmidt (SPD) schon 2002 konstatierte (Schmidt 2002a, 151).



Stefan Fuchs*

Die Kinderbetreuungskultur in Deutschland hat sich grund- legend verändert ...

Aus dieser Erkenntnis zog Renate Schmidt als Bundesfamilienministerin (2002–2005) den Schluss, dass Deutschland für wirtschaftliches Wachstum und soziale Sicherheit mehr Kinder brauche. Ihr Leitbild war eine »nachhaltige Familienpolitik«, die sich – nicht allein, aber eben auch – »am Ziel der Geburtenentwicklung messen lassen« wollte (Schmidt 2007, 14–15). Erklärtes Ziel war es, »mehr Kinder in die Familien und mehr Familien in die Gesellschaft zu bringen«; »mittelfristig« sollte die Geburtenrate auf 1,7 Kinder pro Frau steigen (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2005a; Bundesregierung 2006, XXXV; Ristau 2005, 18). Das war ein Paradigmenwechsel: Bis dato war jede Form von »Pronatalismus« politisch indiskutabel und geradezu verpönt (vgl. Mayer 2007, 91). Die Familienpolitik diente nach Auffassung der früheren Bundesregierungen nicht bevölkerungspolitischen oder volkswirtschaftlichen Zielen, sondern sollte hel-

fen, Familien »Spielräume und Wahlfreiheiten zu erhalten« und ihre »Handlungskompetenz zur Bewältigung vielfältiger Aufgaben«, vor allem in der Kindererziehung und der Altenpflege, zu stärken (vgl. Bundesregierung 1995). Das zentrale Anliegen der Familienpolitik war es, die materielle Benachteiligung von Eltern gegenüber Kinderlosen abzubauen: Diesem »Lastenausgleich« – nicht etwa höheren Geburtenraten – sollten Leistungen wie das Kindergeld dienen (vgl. Bundestagsdrucksache 8/3120, 1979, 7–9). In seinen »Familienurteilen« hatte das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber aufgetragen, den Familienlastenausgleich zu einem »Leistungsausgleich« fortzuentwickeln, der den »generativen Beitrag« familiärer Kindererziehung zum Erhalt der umlagefinanzierten Sozialsysteme anerkennt. Ein Schritt in diese Richtung war die in den 1980er Jahren eingeführte Anrechnung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung, die weiter ausgebaut werden sollte (vgl. Bundesregie-

* Stefan Fuchs ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demografie, Allgemeinwohl und Familie (IDAF) e.V., Sankt Augustin.

zung 1995, XI). Mit dieser Konzeption des Familienleistungsausgleichs brach die »nachhaltige Familienpolitik«: Ihr Leitbild waren »kontinuierliche Erwerbsverläufe« beider Eltern – Mütter sollten genauso wie Väter und kinderlose Frauen (möglichst in Vollzeit) erwerbstätig sein. Ansprüche an soziale Sicherung sollten Eltern allein durch die Teilnahme am Erwerbsleben erwerben – eine Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Sozialversicherung war nicht mehr vorgesehen, sie galt als obsolet.¹ Begründet wurde dieser Paradigmenwechsel mit einer grundlegenden Kritik an 50 Jahren deutscher Familienpolitik, die »eine wenig erfreuliche Bilanz« vorzuweisen habe: Eine »geringe Geburtenrate geht einher mit niedriger Frauenerwerbstätigkeit, ein schwaches Bildungsniveau mit gewachsenen Armutsrisiken« (Ristau 2005, 17–18). Zurückzuführen sei die Ineffizienz der früheren Politik auf eine falsche Verteilung der Ressourcen für die Familienpolitik: Es werde zu viel für monetäre Leistungen und zu wenig für Betreuungsinfrastruktur ausgegeben (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2005b, 8–9). Die mentale Wurzel dieses Problems sei das traditionelle Mutterbild, das noch immer die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen verhindere. Um »überholte« Familienmodelle zu überwinden, sollte das Anreizsystem der Familienförderung grundlegend neu ausgerichtet werden: Den Ausstieg aus dem Erwerbsleben begünstigende Regelungen (z.B. das Ehegattensplitting) sollten abgebaut und die Ressourcen zugunsten des Ausbaus der Ganztagsbetreuung neu verteilt werden (vgl. Fuchs 2010, 114–116). Vordenker dieser Konzeption war Bert Rürup, der 2003 in einem Gutachten für die Bundesregierung Nachhaltigkeit durch das »Erreichen zweier Ziele« definierte: Einer »ausreichenden Kinderzahl, die der Alterung der Gesellschaft entgegenwirkt«, sowie einer »Erhöhung der Frauenerwerbsquote« (vgl. Rürup und Gruescu 2003, 9). Aus der Sicht von Rürup und Gruescu ergänzten sich beide Ziele komplementär, indem sie das zukünftige Erwerbspersonenpotenzial vergrößern. Zwischen beiden Zielen sahen sie keinen Konflikt, sondern hielten diese im Gegenteil für gut miteinander vereinbar. Aus einer historischen Perspektive ist das keineswegs einleuchtend, ging doch die steigende Erwerbsneigung von Frauen seit den 1960er Jahren mit dem Geburtenrückgang einher. Rürup und Gruescu argumentierten dagegen mit dem Querschnittsvergleich europäischer Länder, um die Vereinbarkeit von Frauenerwerbstätigkeit und höherer Fertilität beider Ziele zu belegen (vgl. Rürup und Gruescu 2003, 11). Während Rürup und Gruescu lediglich festhielten, dass sich beide Ziele nicht widersprechen müssten, wurde in der öffentlichen Debatte behauptet, dass eine höhere Frauenerwerbstätigkeit die Geburtenneigung so-

gar begünstige (vgl. Schmidt 2002a, 100–101). Als Beleg dafür galt die höhere Fertilität in den nordischen Ländern, insbesondere in Dänemark und Schweden, die Renate Schmidt wie Ursula von der Leyen als Best-Practice-Modelle der Gleichstellungs- und Familienpolitik dienten.

Ein Meilenstein ihres familienpolitischen Paradigmenwechsels war das Elterngeld, das 2007 das frühere Erziehungsgeld ablöste. Während das Erziehungsgeld eine bis zu 24 Monate gezahlte Pauschale (300 Euro) war, ist das Elterngeld eine auf zwölf Monate plus zwei Partnermonate befristete Lohnersatzleistung. Mit dem Lohnersatzprinzip soll – dem Vorbild der Arbeitslosenversicherung folgend – Elternschaft als Risiko für eine kontinuierliche Erwerbskarriere finanziell aufgefangen werden. Wie im Falle der Arbeitslosigkeit soll auch im Falle der Elternschaft eine rasche Rückkehr in den Erwerbsberuf die Regel sein. Dies setzt wiederum Betreuungsplätze voraus, deren flächendeckender Ausbau daher das zweite zentrale Projekt der »nachhaltigen Familienpolitik« war. Ob es den Kommunen gelingt, den 2008 im »Kinderförderungsgesetz« für 2013 zugesagten Rechtsanspruch auf Betreuung ab dem zweiten Lebensjahr einzulösen, ist noch immer ungewiss. Neben Finanzengpässen hemmt den Ausbau vielerorts der Mangel an qualifizierten Erzieherinnen. Trotz dieser Bremsen ist der Wandel unverkennbar: Als Renate Schmidt 2002 den Paradigmenwechsel einleitete, lag die Quote institutionell betreuter Kinder in Westdeutschland in der Altersgruppe von null bis unter drei Jahre bei knapp 4%, im Jahr 2012 erreichten sie 2012 schon mehr als 18% – Tendenz rasch steigend (vgl. Schmidt 2002b, 5; Statistisches Bundesamt 2012a, 6). Noch immer weit voraus in der institutionellen Kinderbetreuung sind den westdeutschen Flächenländern die ostdeutschen Bundesländer: Mit Betreuungsquoten von ca. 50% gehören sie zu den Regionen mit der am besten ausgebauten Kinderbetreuungsinfrastruktur in Europa (vgl. OECD 2004, 49). Auch wenn vielen Kritikern die Politik der letzten Jahren nicht weit genug geht – als inkonsequent kritisiert werden insbesondere monetäre Leistungen (höheres Kindergeld 2009, Betreuungsgeld) und der Fortbestand des Ehegattensplittings – hat sich die westdeutsche Kinderbetreuungskultur in der letzten Dekade grundlegend verändert.

... und die Erwerbsquote der Frauen in Deutschland stark zugenommen, ...

Gleichzeitig nahm die Erwerbstätigkeit von Frauen weiter zu: Ihre Erwerbsquote stieg von knapp 62% (2002) auf fast 72% – so dynamisch entwickelte sich die Frauenerwerbstätigkeit in keinem anderen westeuropäischen Land. Während in den meisten EU-Ländern die Frauenerwerbsquoten im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2007 zurückgingen, sind sie in Deutschland weiter angestiegen. Noch stärker als die Männer profitieren die Frauen von der robusten

¹ Vgl. Bundesregierung (2006, XXIII–XXXV). Die Stellungnahme ist die zentrale Programmschrift der neuen Familienpolitik, die das Leitbild kontinuierlicher Erwerbstätigkeit entwirft. Wahlfreiheit zwischen Familie und Erwerbstätigkeit ist in dieser Konzeption nicht mehr vorgesehen. Damit erübrigt sich auch die Notwendigkeit Erziehungsleistungen materiell anzuerkennen, der Familienlasten- bzw. Leistungsausgleich spielt hier keine Rolle mehr.

Tab. 1
Frauenerwerbstätigkeit und Teilzeitarbeit – Entwicklung in (West-)Europa

	Erwerbstätigenquote in %			Differenz	Teilzeitquote in %		Differenz
	1992	2002	2012	2002–2012	2002	2012	2002–2012
Belgien	48,2	55,8	61,7	+ 5,9	73,4	43,6	6,2
Dänemark	71,1	73,1	72,2	– 0,9	30,3	36,4	6,1
Deutschland	57,8	61,9	71,5	+ 9,6	39,5	45,6	6,1
Irland	10,9	59,6	59,4	– 0,2	30,6	35,4	4,8
Griechenland	39,5	46,6	45,2	– 1,4	8,0	11,9	3,9
Spanien	34,5	47,6	54	+ 6,4	16,8	24,5	7,7
Frankreich	56,3	61,9	65	+ 3,4	29,8	30,2	0,4
Italien	38,6 (1993)	44,9	50,5	+ 5,6	16,9	31,1	14,2
Niederlande	53,1	66,8	71,9	+ 5,1	73,1	77,0	3,9
Portugal	59,4	65,7	63,1	– 2,6	16,4	16,8	0,4
Finnland	67,8	70,4	72,5	+ 2,1	17,5	20,1	2,6
Schweden	79,6	76,6	76,8	+ 0,2	33,1	39,6	6,5
Ver. Königreich	62,6	67,5	68,4	+ 0,9	43,8	43,3	– 0,5
Norwegen		75,9	77,3	+ 1,4	43,3	42,2	– 1,1
Schweiz		73,3	76	+ 2,6	57,0	60,9	+ 3,9
USA	56,7	68,5	65,1 (2011)	– 3,4	–	–	–

Quelle: Eurostat (Mai 2013), (Italien: 1993, USA: 2011).

Verfassung des deutschen Arbeitsmarktes. Zu Recht bezeichnet das Institut der deutschen Wirtschaft Frauen als Gewinner der jüngsten Arbeitsmarktentwicklung in Deutschland, wenn es in der Diskussion um das »Gender Pay Gap« die Unternehmen gegen Diskriminierungsvorwürfe in Schutz nimmt.² Auch die Analysen des IW würdigen indes nicht ausreichend die Fortschritte Deutschlands in der Arbeitsmarktintegration von Frauen. Es bleibt unterbelichtet, dass die Frauenerwerbsquote hierzulande mittlerweile deutlich höher ist als in anderen großen Industrieländern wie den USA, Großbritannien und Frankreich. Frauen in Deutschland sind inzwischen ähnlich häufig erwerbstätig wie in den nordischen Ländern, die der »nachhaltigen« Familienpolitik dienen.

Mittlerweile erreicht die Frauenerwerbsquote fast dasselbe Niveau wie in Finnland und Dänemark; in Schweden ist die Frauenerwerbsquote zwar noch höher, in der letzten Dekade stagnierte sie aber, und im Vergleich zu den 1990er Jahren ist sie zurückgegangen. Dasselbe lässt sich auch in Dänemark und den USA beobachten. In diesen Ländern, die zu den Vorreitern der Arbeitsmarktintegration von Frauen gehörten, scheint der Anstieg der Frauenerwerbsquoten seinen Höhepunkt erreicht, vielleicht sogar überschritten zu haben. Den Gegenpol dazu bilden Länder wie Irland oder Spanien, wo die Frauenerwerbstätigkeit, von einem niedrigen Ausgangsniveau ausgehend, sprunghaft zugenommen hat. In Deutschland hat die Frauenerwerbstätigkeit von einem schon überdurchschnittlichen Ausgangsniveau weiter deutlich zugenommen, so dass die Frauenerwerbsquote nun zu den höchsten in Europa und der OECD-Welt gehört. Die

Dynamik der Entwicklung lässt sich nicht bestreiten, sie wird aber immer wieder mit Verweis auf die hohe Teilzeiterwerbstätigkeit in Deutschland relativiert.

... was durch die Ausdehnung der Teilzeiterwerbstätigkeit möglich wurde

Und in der Tat gehört die Teilzeitquote von Arbeitnehmerinnen in Deutschland zu den höchsten in Europa und den OECD-Staaten. Hohe Teilzeitquoten sind jedoch generell charakteristisch für Länder mit hohen Frauenerwerbsquoten. Exemplarisch dafür sind die Niederlande und die Schweiz, wo weit über die Hälfte der Frauen in Teilzeit arbeiten. Befürworter der »nachhaltigen Familienpolitik« tendieren dazu, Teilzeiterwerbstätigkeit als Notlösung angesichts mangelnder Ganztagsbetreuung anzusehen. Zweifel an dieser Interpretation wecken jedoch die hohen Teilzeitquoten in Ländern mit gut ausgebauter Betreuungsinfrastruktur wie Norwegen oder Belgien, die annähernd das deutsche Niveau erreichen. Auch Schweden und Dänemark weisen beachtliche Teilzeitquoten auf, die – im Gegensatz zu den Erwerbsquoten – im letzten Jahrzehnt deutlich gestiegen sind. In einer Reihe von Ländern sind die Teilzeitquoten stärker gestiegen als die Erwerbsquoten. Das Arbeitsvolumen von Frauen steigt also nicht im selben Ausmaß wie ihre Erwerbsquote, sondern tendiert eher dazu zu stagnieren oder sogar zurückzugehen. Das kann auch nicht anders sein, weil das Arbeitsvolumen insgesamt aufgrund von Rationalisierung langfristig nicht wächst, sondern eher zurückgeht. In Deutschland ist es zwischen 1991 und 2011 um drei Milliarden Stunden gesunken (vgl. Statistisches Bundesamt 2012b). Ohne die Teilzeitarbeit wäre das Wachs-

² Zur Lage von Frauen auf dem deutschen Arbeitsmarkt vgl. Schäfer, Schmidt und Stettes (2013).

Tab. 2
Frauenenerwerbstätigkeit, Teilzeitarbeit und Fertilität –
ausgewählte Korrelationen

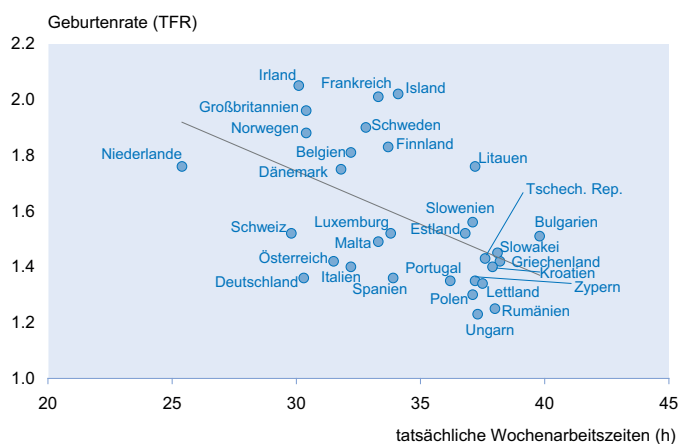
	Korrelation (r ²)
Teilzeitquote – Erwerbsquote	0,495340485
Erwerbsquote – Wochenarbeitszeit	– 0,438260283
Erwerbsquote – Geburtenrate (TFR)	0,507601583
Teilzeitquote – Geburtenrate (TFR)	0,456830012
Wochenarbeitszeit Frauen – Geburtenrate (TFR)	– 0,518208132

Quelle: Berechnungen des Autors.

tum der Frauenerwerbsquote seit den 1990er Jahren praktisch nicht möglich gewesen. Generell ist die Zunahme der Frauenerwerbsquote in Europa offenbar eng mit der Teilzeiterwerbstätigkeit verbunden, wie die positiven Korrelationen zwischen dem Niveau der Erwerbs- und der Teilzeitquote und ihrer relativen Veränderung belegen.

Es fällt auf, dass hohe Teilzeitquoten charakteristisch für wohlhabende, wirtschaftlich erfolgreiche Länder (Norwegen, Niederlande, Schweiz, Deutschland) sind, während in den Transformationsländern Mittelosteuropas sowie in Griechenland und Portugal wesentlich niedrigere Teilzeitquoten anzutreffen sind. Damit verbunden sind die durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten von Frauen in diesen Ländern wesentlich höher als in Mittel- und Nordeuropa. Lange Wochenarbeitszeiten von Frauen sind in Europa also kein Symptom wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, sondern im Gegenteil ein Merkmal relativ schwacher Volkswirtschaften. Die statistisch ausgewiesenen Unterschiede sind beträchtlich: In der Slowakei und Griechenland z.B. dauern Wochenarbeitszeiten von Frauen durchschnittlich fast acht Stunden länger als in Deutschland oder Norwegen. Es ist evident, dass solche Differenzen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie prägen. Aus dieser Sicht ist es nicht überraschend, dass die Teilzeitquote positiv, die Länge der Wochenarbeitszeiten in

Abb. 1
Korrelation Wochenarbeitszeiten von Frauen und Fertilität in Europa, 2011



Quelle: Eurostat.

Europa dagegen stark negativ mit den Geburtenraten korreliert.

Entwickelte Teilzeitarbeitsmöglichkeiten und relativ kurze Wochenarbeitszeiten von Frauen sind keine Gewähr für hohe Geburtenraten, wie die niedrige Fertilität in der Schweiz und in Deutschland zeigt. Umgekehrt scheinen jedoch niedrige Teilzeitquoten und lange Wochenarbeitszeiten von Frauen mit einer hohen Fertilität in der Nähe des Generationenersatzes unvereinbar zu sein: In den

Ländern mit durchschnittlichen Frauenwochenarbeitszeiten von über 35 Stunden lag die Geburtenrate 2011 (wie auch in den vorangegangenen Jahren) fast durchgängig unter 1,6 Kindern pro Frau. Es handelt sich hier um Länder im Süden und Osten Europas, in denen Frauen deutlich seltener erwerbstätig sind als in den mittel- und nordeuropäischen Ländern mit ihrer ausgeprägten Teilzeitkultur. Diese Teilzeitkultur fördert die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt, indem sie Müttern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtert. Entscheidend für die „Vereinbarkeit“ sind nicht allein die Betreuungsangebote, sondern ebenso die wöchentlichen Arbeitsvolumina.

Teilzeitarbeit begünstigt die Entscheidung für Kinder, ...

»Zeitpolitik« soll neben der Betreuungsinfrastruktur und dem Elterngeld die dritte Säule der »nachhaltigen Familienpolitik« sein. »Familienfreundliche« Arbeitszeiten sind das zentrale Stichwort. Als »familienfreundlich« gelten »flexible« Arbeitszeiten, die u.a. durch mehr Betreuungsangebote in den Tagesrandzeiten ermöglicht werden sollen.³ Kürzere Arbeitszeiten für Eltern sind damit nicht gemeint. Im Gegenteil: Das von Frauen angebotene Erwerbspotenzial soll vergrößert werden, indem Mütter ihre Elternauszeiten verkürzen und teilzeiterwerbstätige Mütter ihre Arbeitszeiten ausdehnen.⁴ Vom mehrheitlichen Wunsch vollzeiterwerbstätiger Mütter, ihre Arbeitszeit zu reduzieren, ist ebenso wenig die Rede, wie von der Schwierigkeit, das Leben in einer Mehrkinderfamilie mit einer beiderseitigen Vollzeiterwerbstätigkeit zu verbinden. In fast allen OECD-Staaten, auch in Skandinavien, sind Mütter mit drei und mehr Kindern seltener erwerbstätig als andere Frauen.⁵ So-

³ »Insbesondere die Randzeitenbetreuung verbessert die Erwerbsmöglichkeiten und erhöht die Zeitsouveränität jener Eltern, die im Schichtdienst oder im Dienstleistungsbereich mit langen Öffnungszeiten arbeiten« (Bundesregierung 2012, XI).

⁴ Dies geht aus den Aussagen der Bundesregierung zur Frauenenerwerbstätigkeit klar hervor. Exemplarisch dafür: Bundestagsdrucksache 17/6377, 11–13.

⁵ Dies zeigen die Zahlen der OECD (2013).

Tab. 3
Erwerbskonstellationen von Paare mit Kindern unter 18 Jahren (in %)

	1996	2009
Vater: Vollzeit erwerbstätig, Mutter: Teilzeit erwerbstätig	26	37
Vater: Vollzeit erwerbstätig, Mutter: nicht erwerbstätig	39	31
Beide Partner: Vollzeit erwerbstätig	23	12
Beide Partner: nicht erwerbstätig	6	11
Mutter: Vollzeit erwerbstätig, Vater: nicht erwerbstätig	4	6
Beide Partner: Teilzeit erwerbstätig	1	2
Vater: Teilzeit erwerbstätig, Mutter: Vollzeit erwerbstätig	1	1

Quelle: Statistisches Bundesamt: Paare mit Kindern unter 18 Jahren nach Paarform und Erwerbsbeteiligung der Partner: Mikrozensus 1996 und 2009, Wiesbaden 2011; Berechnungen des Autors.

fern sie berufstätig sind, nimmt die Neigung zur Teilzeitarbeit zu und der zeitliche Umfang ihrer Erwerbsarbeit ab (vgl. Keddi et al. 2010, 23–24). Die Partner kinderreicher Mütter sind demgegenüber fast immer in Vollzeit beschäftigt. Ein »traditionelles« Familienmodell mit dem Vater als Haupternährer ist in Mehrkinderfamilien die Regel. Dem Kinderpanel des Deutschen Jugendinstituts (2005) zufolge waren nur in etwa 5% der Paarfamilien mit drei Kindern beide Partner in Vollzeit erwerbstätig, bei den Paaren mit zwei Kindern waren es 11% und bei den Paaren mit einem Kind knapp 15% (vgl. Keddi et al. 2010, 24). In der empirischen Realität entspricht dem Ideal des egalitären Doppelverdienerpaares nur eine recht kleine Minderheit der Familien, wie auch der Mikrozensus belegt.

Der Vergleich der Erwerbsbeteiligung von Elternpaaren 1996 und 2009 zeigt die Kluft zwischen den Zielen der Arbeitsmarkt- und Gleichstellungspolitik und der gesellschaftlichen Entwicklung: Der Anteil der Familien mit einem männlichen Alleinfamilienernährer ist zwar deutlich zurückgegangen, fast ein Drittel der Familien praktizierte aber im-

mer noch die klassische Arbeitsteilung. Der Anteil dieser »traditionellen« Familien ist mehr als doppelt so hoch wie der Anteil doppelt in Vollzeit erwerbstätiger Elternpaare, die nur eine Minderheit von 12% der Familien darstellen. Besonders bemerkenswert ist der Entwicklungstrend: Im Vergleich zu den 1990er Jahren ist ihr Anteil deutlich gesunken – ein für die »nachhaltige« Familien- und Frauenpolitik ernüchternder Befund. Stark gestiegen ist der Anteil der Familien, in denen der Vater in Vollzeit und die Mutter in Teilzeit erwerbstätig ist. Dieses sog. »modernisierte Ernährermodell« ist inzwischen die häufigste familiäre Erwerbskonstellation in Deutschland. Der Trend zu diesem Modell ist auch keine deutsche Besonderheit, sondern in vielen OECD-Ländern zu beobachten, einschließlich der nordischen Staaten.

Bevölkerungsumfragen zeigen, dass die Teilzeiterwerbstätigkeit von Müttern europaweit den Präferenzen von Eltern entgegenkommt. Eine Vollzeiterwerbstätigkeit von Müttern mit Vorschulkindern befürwortet nur eine kleine Minderheit, dies gilt sogar für Schweden und Dänemark (vgl. Ostner 2009, 56; speziell zu Dänemark Marold 2009, 77–78). Abgesehen von diesen nordischen Ländern verfügen die neuen Bundesländer in der EU über die am besten ausgebaute Betreuungsinfrastruktur; und nirgendwo sonst (außer in Dänemark) sind auch die Einstellungen zu institutioneller Kinderbetreuung so positiv wie dort (vgl. Scheuer und Dittmann 2007, 2–3). Nicht nur im Vergleich zu Westdeutschland, sondern auch international betrachtet, sind die Bedingungen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie in den neuen Bundesländern relativ gut. Im Blick auf das Verhältnis von Fertilität und Frauenerwerbstätigkeit sind die neuen Bundesländer ein besonders aufschlussreiches Fallbeispiel: Sofern sich beide Zielgrößen nicht widersprechen, sondern sogar wechselseitig fördern, sollte sich dafür eine gewisse empirische Evidenz finden lassen.

Tab. 4
Fertilität der Frauengeburtstkohorten 1964–1968 (nur Frauen mit Partner)

Erwerbsformen		Kinderzahl (%)					Durchschnittliche Kinderzahl
Männer	Frauen	0	1	2	3	4	
Westdeutschland							
Vollzeit	Vollzeit	46,6	22,0	23,4	6,5	1,5	1,0
Vollzeit	Teilzeit	5,6	25,4	51,6	14,5	2,9	1,9
Vollzeit	Nicht erwerbstätig	5,0	18,6	48,1	20,9	7,4	2,1
Ostdeutschland							
Vollzeit	Vollzeit	8,3	41,5	43,5	6,0	0,7	1,5
Vollzeit	Teilzeit	3,1	34,2	48,6	10,9	3,2	1,8
Vollzeit	Nicht erwerbstätig	5,6	30,1	44,5	13,0	6,9	1,9

Quelle: Dorbritz (2010); Daten: Mikrozensus 2008.

... während Vollzeitwerbstätigkeit beider Partner die Fertilität verringert

Tatsächlich wirkt sich die Vollzeitwerbstätigkeit von Frauen in Ostdeutschland weniger negativ auf die Fertilität aus als in Westdeutschland. Auch in den neuen Bundesländern haben aber die beiderseitig in Vollzeit erwerbstätigen Paare deutlich weniger Kinder als Einverdienerpaare und Paare, die das »modernisierte ErnährermodeLL« leben. Im Unterschied dazu liegen die Kinderzahlen der teilzeiterwerbstätigen Frauen nur wenig niedriger als die der »Hausfrauen«. Im Blick auf die Fertilität ist also nicht Erwerbstätigkeit an sich maßgeblich, sondern ihr zeitlicher Umfang. Dieser entscheidende Aspekt bleibt in der Programmatik der »nachhaltigen« Familienpolitik unberücksichtigt. In der Diskussion wurde immer wieder die positive Korrelation von Frauenerwerbsquoten und Geburtenrate angeführt, um den Paradigmenwechsel zum Leitbild vollzeitiger oder zumindest »vollzeitnaher« Erwerbstätigkeit von Müttern zu begründen. Unberücksichtigt blieb die intervenierende Variable der Teilzeitarbeit, die besonders in den Ländern mit hohen Frauenerwerbsquoten weit verbreitet ist. Damit verkürzen sich die Wochenarbeitszeiten von Frauen, deren Länge, wie bereits dargestellt, stark negativ mit der Fertilität korreliert. Damit zeigt sich auch auf der Makroebene ein Gegensatz zwischen einem hohen Umfang der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Fertilität. Die beiden zentralen Ziele der »nachhaltigen Familienpolitik« – mehr Frauenerwerbstätigkeit und mehr Kinder – harmonisieren nicht, sondern stehen im Konflikt.

Literatur

Birg, H. (2000), »188 Millionen Einwanderer zum Ausgleich? Demographische Alterung und Bevölkerungsschrumpfung bei uns – Konsequenzen für das soziale Sicherungssystem«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12. April 2000, 10.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2005a), *Perspektive für eine nachhaltige Familienpolitik. Ergebnisse des Gutachtens von Eckart Bomsdorf*, Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2005b), *Zukunft: Familie. Ergebnisse aus dem 7. Familienbericht*, Berlin.

Bundestagsdrucksache 8/3120 (1979), »Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission für den Dritten Familienbericht« in: *Die Lage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland – Dritter Familienbericht – Deutscher Bundestag*, Bonn, 3–19.

Bundesregierung (1995), »Stellungnahme der Bundesregierung zum Fünften Familienbericht«, in: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), *Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland – Zukunft des Humanvermögens*, Fünfter Familienbericht, Bundestagsdrucksache 12/7560, Bonn, S. XXXIII.

Bundesregierung (2006), »Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission«, in: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), *Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit – Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik*, Siebter Familienbericht, Bundestagsdrucksache 16/1360, Berlin, XXIII–XXXV.

Bundestagsdrucksache 17/8372 (2012), »Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Franz Müntefering et. al. und der Frak-

tion der SPD: Der demografische Wandel in Deutschland – Handlungskonzepte für Sicherheit und Fortschritt im Wandel«, Bundestagsdrucksache 17/8372, vom 18. Januar 2012, online verfügbar unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/083/1708372.pdf>.

Bundesregierung (2012), »Stellungnahme der Bundesregierung zum Achten Familienbericht«, in: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), *Zeit für Familie. Familienzeitpolitik als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik*, Achter Familienbericht, Bundestagsdrucksache 17/9000, Berlin, III–XXIX.

Dorbritz, J. (2010), »Deutschland, ein Niedrigfertilitätsland – strukturelle und kulturelle Ursachen niedriger Geburtenhäufigkeit«, Vortrag Informationsveranstaltung zu demografischen Trends in Deutschland, Berlin, 27. Oktober 2010.

Eurostat (2013), *Erwerbstätigenquote nach Geschlecht*, Mai, online verfügbar unter: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/Unemployment_statistics_at_regional_level/de.

Fuchs, St. (2010), »Feindbild Familie, Leitbild Leviathan? »Nachhaltige« Familienpolitik – ein radikaler Bruch«, *Die Neue Ordnung* 64(2), 112–120.

Keddi, B., C. Zerle, A. Lange und W. Cornelißen (2010), *Der Alltag von Mehrkinderfamilien – Ressourcen und Bedarfe*, Deutsches Jugendinstitut, München.

Marold, J. (2009), »Mütter im Spannungsgeld zwischen Kind und Beruf«, *Zeitschrift für Familienforschung* 21(1), 54–85.

Mayer, T. (2007), »Generationenverhältnisse im demografischen Wandel«, in: N. Werz (Hrsg.), *Demografischer Wandel*, Nomos, Baden-Baden, 84–92.

OECD (2004), *Die Politik der frühkindlichen Bildung und Betreuung in Deutschland*, OECD, Paris.

OECD (2013), »Chart LMF1.2.C: Maternal Employment Rates by Number of Children under 16«, online verfügbar unter: www.oecd.org.

Ostner, I. (2009), »Auf den Anfang kommt es an – Anmerkungen zur »Europäisierung« des Aufwachsens kleiner Kinder«, *Recht der Jugend und des Bildungswesens – Zeitschrift für Schule, Berufsbildung und Jugendberziehung* (1), 44–62.

Ristau, M. (2005), »Der ökonomische Charme der Familie«, *Aus Politik und Zeitgeschichte* (23–24), 18–24.

Rürup, B. und S. Gruescu (2003), *Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung*, Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin, online verfügbar unter: http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/broschuere-nachhaltige-familienpolitik-r_C3_BCrup.property=pdf.pdf.

Schäfer, H., J. Schmidt und O. Stettes (2013), *Zur Lage von Frauen auf dem deutschen Arbeitsmarkt: Beschäftigungsperspektiven von Frauen – Eine arbeitsmarktökonomische Analyse im Spiegel der Gleichstellungsdebatte*, IW-Positionen Nr. 57, Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln.

Scheuer, A., J. Dittmann (2007), »Berufstätigkeit von Müttern bleibt kontrovers. Einstellungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Deutschland und Europa«, *Informationsdienst Soziale Indikatoren* (38 – Juli), 1–5.

Schmidt, R. (2002a), »S.O.S. Familie. Ohne Kinder sehen wir alt aus«, Rowohlt Verlag, Berlin.

Schmidt, R. (2002b), »Vorwort«, in: C. K. Spieß, J. Schupp, M. Grabka, J.P. Haisken-De New, H. Jakobeit und G.G. Wagner, *Abschätzung der Brutto-Einnahmeneffekte öffentlicher Haushalte und der Sozialversicherungsträger bei einem Ausbau von Kindertageseinrichtungen*, Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Nomos, Baden-Baden, 5–6.

Schmidt, R. (2007), »Nachhaltige Familienpolitik – für eine Zukunft mit Kindern«, in: J. Flöthmann und C. Höhn (Hrsg.), *Wege zu einer erfolgreichen Familien- und Bevölkerungspolitik*, Books on Demand, Norderstedt 2007, 13–19.

Statistisches Bundesamt (2012a), *Kindertagesbetreuung regional 2012*, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2012b), »Licht und Schatten am Arbeitsmarkt«, *STATmagazin*, 11. Januar.

Statistisches Bundesamt (2013), »Weiter hohe Zuwanderung nach Deutschland im Jahr 2012«, Pressemitteilung Nr. 156, 7. Mai.